VR-04-280 Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert

Antragsteller*in: Thomas Mohr (KV München)

Änderungsantrag zu VR-04

Nach Zeile 280 einfügen:

8. Politik für Gewaltfreiheit: Frieden in den Lehrplan!

Unser Einsatz für die gewaltfreie Lösung von internationalen Konflikten gründet in unserer Politik für Gewaltfreiheit. Der Einsatz für eine Kultur der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Aktuell unterstützen wir deshalb die bildungspolitischen Forderungen der Kampagne „Frieden in den Lehrplan“ (Pro Peace, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Berghof Foundation, Bund für Soziale Verteidigung, pax christi, gewaltfrei grün u.a.).

Dass Deutschland in seine militärische Wehrhaftigkeit investiert, betrifft junge Menschen in besonderer Weise: Sie sollen Wehrdienst leisten. Die riesigen Schulden für Aufrüstung gehen zulasten der Investitionen in ihre Zukunft (Bildung, Klimaschutz). Auch im Schulalltag spiegeln sich internationale Konflikte längst wider (Ukraine, Nahost). Junge Menschen haben ein Recht auf Mitsprache. Um dieses Recht gut informiert ausüben zu können und eine friedliche Zukunft aktiv mitzugestalten, brauchen sie die Chance, sich differenziert mit den Themen Krieg und Frieden auseinanderzusetzen. Deshalb muss Friedensbildung in den Schulen verstärkt werden!

Friedensbildung fördert Kompetenzen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten, zwischen Menschen und in der Gesellschaft. Sie stärkt friedensfördernde Haltungen und Friedenshandeln im eigenen Umfeld. Das sind Kompetenzen, die wir angesichts eskalierender Konflikte weltweit und zunehmender Polarisierung auch in unserer Gesellschaft dringend brauchen.

- Strukturelle Verankerung der Friedensbildung fördern: Die Bildungsministerkonferenz soll Friedensbildung als Querschnittsaufgabe in ihren Beschlüssen verankern und dabei auf die bestehenden Empfehlungen zur Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechtsbildung aufbauen. Ein eigener Beschluss zur Friedensbildung wäre ein sichtbares Zeichen, um die strukturelle Verankerung in den Ländern zu fördern.

- Friedensbildung von der Grundschule bis zur Oberstufe in die Curricula aufnehmen: Friedensbildung sollte als verbindliches, fächerübergreifendes Lernfeld in allen Schulformen und Jahrgangsstufen verankert werden. Ihre Themen und Bildungsansätze für den konstruktiven Umgang mit Konflikten sollten als Querschnittsaufgabe in bestehende Fächer aufgenommen werden. Da die Integration von Friedensbildung in die Lehrpläne in jedem Bundesland anders gestaltet ist, empfehlen wir die Durchführung einer länderübergreifenden Lehrplanstudie.

- Friedensbildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken: Friedensbildung sollte im Lehramtsstudium, im Referendariat und in der Lehrkräftefortbildung stärker integriert werden. Dafür braucht es Lehrstühle für Friedensbildung an Hochschulen und Universitäten und Fachstellen für Friedensbildung in allen Bundesländern, die Schulen und Lehrkräfte mit Fortbildungen und Materialien unterstützen sowie schulische und außerschulische Akteure vernetzen.

- Außerschulische Akteure und Strukturen für Friedensbildung stärken: Aktuell dominiert die Bundeswehr über ihre Jugendoffiziere als außerschulischer Akteur beim Thema Krieg und Frieden. Ebenso wie die Bundeswehr sind im Auftrag der Bundesregierung aber auch zivile Fachkräfte in Krisengebieten tätig (z.B. über das Auswärtige Amt und den Zivilen Friedensdienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Doch deren

Arbeit ist in Deutschland weitestgehend unbekannt. Einzelne Bundesländer haben Beschlüsse für ausgewogene Repräsentanz unterschiedlicher Expertisen in der Schule getroffen. Die Bildungspolitik muss Strukturen wie die Servicestellen für Friedensbildung stärken und Förderprogramme entsprechend ausstatten. Auch eine Zertifizierung außerschulischer Bildungsangebote der Friedensbildung kann dazu beitragen, dass mehr Fachleute für Friedensbildung in die Schulen kommen.

Die 52. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 4. – 6.12.2026 in Berlin beschließt die obigen Forderungen, um sowohl die Wehrhaftigkeit als auch die Friedensbildung zu stärken. Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.

Begründung

Dieser Änderungantrag macht deutlich, dass sich unsere Partei nicht nur mit Rüstungsthemen, sondern auch ganz konkret mit einer Föderung gewaltfreier Konfliktlösungen befasst. Dies sollte auch in einer Änderung der Überschrift des Antrags - siehe eigener Änderungsantrag - Ausdruck finden.
Unser gültiges Grundsatzprogramm spricht sich in Abs. 51 für eine "Poltik für Gewaltfreiheit" aus. Der zweite und der letzte Satz in diesem Änderungsantrag sind wörtlich daraus übernommen.
Details zur Forderung "Frieden in den Lehrplan!": https://www.propeace.de/de/empfehlungen-friedensbildung
Weiteres zur Antragsbegründung: https://www.gewaltfrei-gruen.de/aktuelles/

weitere Antragsteller*innen

Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Christopher Stark (KV München); Jakob Gintars (KV Bonn); Claudia Osthues (KV Köln); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Friedemann Gillert (KV Barnim); Regina Oehler - van Gemmeren (KV Frankfurt); Anja Kiemle (KV Starnberg); Eberhard Müller (KV Ortenau); Jutta Dietz (KV Ahrweiler); Albert Dietz (KV Ahrweiler); Angelika Aigner (KV Traunstein); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Oliver Hajunga (KV Offenbach-Land); Andreas Müller (KV Essen); Karin Herold (KV Barnim); Karin Jacobsen (KV Ortenau); sowie 79 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.